



# Bundes- tags- brief

Nr. 102 • Die Woche im Bundestag • 21.10.2011



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Deutschland Vorreiter bei der Finanzmarktregulierung

Zu den Lehren der Finanzmarkt- und der europäischen Staatsschuldenkrise gehört es, dass kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzmarktprodukt ohne angemessene Regulierung und Aufsicht sein darf.

Wir in Deutschland haben unseren nationalen Regulierungsrahmen bereits ein gutes Stück gestrafft. Unter den zahlreichen Maßnahmen sind nachfolgende Beispiele hervorzuheben:

Aufgrund des Restrukturierungsgesetzes können deutsche Banken nicht mehr auf die Rettung durch den Steuerzahler vertrauen; über die Bankenabgabe wird die Finanzwirtschaft erstmals für die Kosten zur Krisenbewältigung herangezogen; ungedeckte Leerverkäufe sind seit Sommer 2010 generell verboten; die Bankenaufsicht hat stärkere Eingriffsrechte; Verbraucher müssen mit verständlicheren Informationen über Finanzprodukten aufgeklärt werden; Vertriebspersonal wird stärker beaufsichtigt.

Weitere Maßnahmen müssen jetzt vor allem auch auf internationaler Ebene durchgesetzt werden. Analog zum deutschen Restrukturierungsgesetz muss vor allem ein Instrumentarium entwickelt werden, das die Stabilität global systemrelevanter Institute stärkt und für den Krisenfall ihre geordnete – auch grenzüberschreitende – Restrukturierung oder Abwicklung ermöglicht.

Überdies müssen die neuen Eigenkapital- und Liquiditätsstandards für Banken gemäß dem sogenannten Basel III-Abkommen weltweit umgesetzt werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Bundesregierung, bei der effektiven Regulierung der Finanzmärkte weiterhin konsequent und mit Augenmaß vorzugehen und dauerhaft

für ein stabileres und widerstandsfähigeres Finanzsystem zu sorgen. Die Einhaltung bereits beschlossener Reformen muss überwacht und im Hinblick auf die Regulierungsziele regelmäßig überprüft werden.

## Vereinbarkeit von Beruf und Pflege sicherstellen

CDU und CSU setzen sich mit Nachdruck für die Familien in unserem Land ein. Gleich zu Beginn der Wahlperiode haben wir durch eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge ihre finanzielle Situation gestärkt. Mit dem Ausbau der Kindertagesbetreuung unterstützen wir berufstätige Eltern.

In dieser Woche haben wir im Deutschen Bundestag mit der „Familienpflegezeit“ ein weiteres Gesetz zur Stärkung der Familie verabschiedet. Erwerbstätigen soll es ermöglicht werden, ohne große finanzielle Einbußen ihre Arbeitszeit zu verringern, um Zeit für die Pflege von Angehörigen zu haben.

Dabei ist es uns gelungen, ein modernes Modell zu entwickeln, von dem alle profitieren: die Pflegenden und ihre pflegebedürftigen Angehörigen sowie die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber – und das Ganze ohne Milliardenausgaben und ohne einen ungedeckten Scheck auf die Zukunft unserer Kinder.

Im Einzelnen sieht das Familienpflegezeitgesetz vor, dass Beschäftigte ihre Arbeitszeit über einen Zeitraum von maximal zwei Jahren auf bis zu 50 Prozent reduzieren können, wenn sie einen Angehörigen pflegen – und das bei einem Gehalt von in diesem Fall 75 Prozent des letzten Bruttoeinkommens.

Zum Ausgleich müssen sie später wieder voll arbeiten, bekommen in diesem Fall aber weiterhin nur 75 Prozent des Gehalts – so lange, bis das Zeitkonto ausgeglichen ist.

Um die Risiken einer Berufs- und Erwerbsunfähigkeit gerade für kleinere und mittlere Unternehmen zu minimieren, muss jeder Beschäftigte in der Familienpflegezeit eine entsprechende Versicherung abschließen. Die Prämien sind sehr gering.

Damit durch die Lohnaufstockung für die Arbeitgeber keine Belastungen durch eine familienbewusste Arbeitsgestaltung entstehen, können sie zudem beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) ein zinsloses Darlehen im Umfang der Lohnaufstockung beantragen.

### **Arbeitslosigkeit weiter gesunken**

Auch im September hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessert.

Die Zahl der arbeitslosen Menschen ist weiter zurückgegangen und sank im Vergleich zum Vormonat um 149.000 auf 2.796.000.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren damit 231.000 weniger Arbeitslose registriert. Die Arbeitslosenquote reduziert sich damit weiter um 0,4% auf 6,6%.

Die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wachsen weiter und die Nachfrage nach Arbeitskräften ist nach wie vor hoch.

Die Zahl der Erwerbstätigen im August ist gegenüber dem Vorjahr um 515.000 auf 41,20 Millionen gestiegen. Im September wurden mit 501.000 gemeldeten Arbeitsstellen 104.000 mehr gemeldet als im Vorjahr.

*(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)*

### **Studiengebühren halten Studienberechtigte nicht vom Studium fern**

Laut einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) mindert die Einführung von Studiengebühren nicht die Studienbereitschaft.

Vielmehr zeige sich, dass die Studienberechtigten die höheren Kosten mit einer größeren Wertschätzung eines Studiums für den späteren beruflichen Werdegang, insbesondere mit höheren Ertragschancen, „verrechnen“.

Aus diesem Grund war die Neigung an die Universität zu gehen in Bundesländern mit Studiengebühren nicht niedriger als in gebührenfreien Bundesländern.

Dieses Phänomen trat vor allem bei Studienberechtigten aus nichtakademischen Haushalten auf, also bei der Gruppe, für die ein deutlich negativer Effekt der Studiengebühren in Form eines Rückganges der Studienaufnahme prophezeit wurde.

*(Quelle: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)*

### **Deutsche so glücklich wie seit langem nicht**

Die Lebenszufriedenheit der Deutschen ist aktuell so hoch wie seit zehn Jahren nicht mehr, dies zeigt der Glücksatlas der Deutschen Post.

Mit einem Lebenszufriedenheitswert von 7,0 (auf einer Skala von 0 bis 10) sind die Deutschen heute so glücklich wie zuletzt 2001.

Der Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland war mit 0,3 Punkten noch nie so gering wie heute. Zum Vergleich: 1991 betrug er noch 1,3 Punkte.

In Sachen Glücksranking hat Sachsen sogar mittlerweile den Anschluss an den Westen gefunden und Hessen überholt. Hamburg ist laut Glücksranking 2011 mit 7,38 Punkten die glücklichste Region Deutschlands, gefolgt von Niedersachsen/Nordsee mit 7,14 Punkten und Bayern mit 7,10 Punkten.

Auf Platz 1 der besonderen individuellen Glücksbringer steht das subjektive Gesundheitsempfinden, gefolgt von einer Partnerschaft, sozialen Kontakten und regelmäßiger sportlicher Aktivität.

Als gefürchtetster Glückshemmer gilt analog ein schlechtes Gesundheitsempfinden, gefolgt von dem Tod des Partners und Arbeitslosigkeit.

*(Quelle: Glücksatlas 2011 der Deutschen Post)*